

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3131

des Abgeordneten Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/7868

Vergütung von überregionalen Sonderaufgaben für die Träger des Brandschutzes

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3131 vom 02.09.2013:

Die Aufgaben des Brandschutzes in Brandenburg werden von den amtsfreien Gemeinden, den Ämtern, den kreisfreien Städten und den Landkreisen als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und als Sonderordnungsbehörden wahrgenommen (§ 2 Abs. 2 S. 2 1 BbgBKG). Das Land hat somit die Aufgabe des Brandschutzes den Kommunen übertragen und muss daher im Sinne des strikten Konnexitätsprinzips nach Art. 97 LV Brandenburg eine ausreichende Ausfinanzierung der Aufgabenerfüllung sicherstellen.

Zu den Aufgaben des Brandschutzes werden auch Streckenabschnitte des Bundesautobahnnetzes in Brandenburg jeweils bestimmten Feuerwehren zugeordnet. Diese überregionalen Sonderaufgaben können vom Land auch wie im Fall der freiwilligen Feuerwehr Finowfurt auf eine andere Wehr, im Beispiel hier Eberswalde, übertragen werden. Die Kommunen deren Feuerwehren diese überregionalen Sonderaufgaben übernehmen mussten, müssen die Kosten für die Einsätze allein tragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Feuerwehren sind in Brandenburg für die Versorgung eines Abschnittes des Bundesautobahnnetzes eingeteilt?
2. Wie viele dieser Wehren sind Berufsfeuerwehren, wie viele freiwillige Feuerwehren?
3. Wie vielen Feuerwehren sind Abschnitte des Bundesautobahnnetzes zugeteilt, die nicht als Stützpunktfeuerwehren in Brandenburg gelten?

4. In wie vielen Fällen wurde einer Feuerwehr die Betreuung eines Abschnittes des Bundesautobahnnetzes übertragen, obwohl sie nicht die am nächsten anliegende Wehr ist.
5. Warum erfolgt vom Land keine Vergütung der Einsätze auf Abschnitten der Bundesautobahnen.

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Aufgabenträger für den örtlichen Brandschutz und die örtliche Hilfeleistung sind nach § 2 Absatz 1 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) die amtsfreien Gemeinden, die Ämter und die kreisfreien Städte. Die Zuständigkeit des Aufgabenträgers erstreckt sich dabei grundsätzlich auch auf die Bundesautobahnen im Gebiet des Aufgabenträgers.

Bei der Zuweisung von Einsatzabschnitten handelt es sich nicht um die Übertragung einer Aufgabe des Landes an eine Kommune. Mit der Zuweisung eines Einsatzabschnittes werden nur die Zuständigkeiten zwischen mehreren Aufgabenträgern für den örtlichen Brandschutz und die örtliche Hilfeleistung geregelt. Insbesondere liegt keine Übertragung einer neuen Aufgabe im Sinne des Artikels 97 Absatz 3 der Landesverfassung vor, da die vorgenannte Zuständigkeitsregelung für den örtlichen Brandschutz und die örtliche Hilfeleistung bereits vor Einführung des strikten Konnexitätsprinzips bestand.

Frage 1:

Wie viele Feuerwehren sind in Brandenburg für die Versorgung eines Abschnittes des Bundesautobahnnetzes eingeteilt?

Frage 2:

Wie viele dieser Wehren sind Berufsfeuerwehren, wie viele freiwillige Feuerwehren?

zu den Fragen 1 und 2:

Für die Gewährleistung des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung auf den Bundesautobahnen im Land Brandenburg sind 68 Aufgabenträger für den örtlichen Brandschutz und die örtliche Hilfeleistung zuständig, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben ihre öffentliche Feuerwehr einsetzen. Fünf davon sind Berufsfeuerwehren.

Frage 3:

Wie vielen Feuerwehren sind Abschnitte des Bundesautobahnnetzes zugeteilt, die nicht als Stützpunktfeuerwehren in Brandenburg gelten?

zu Frage 3:

26 öffentlichen Feuerwehren, die keine Stützpunktfeuerwehren sind, sind Einsatzabschnitte auf Bundesautobahnen zugewiesen.

Frage 4:

In wie vielen Fällen wurde einer Feuerwehr die Betreuung eines Abschnittes des Bundesautobahnnetzes übertragen, obwohl sie nicht die am nächsten anliegende Wehr ist.

zu Frage 4:

Auf Grund der Besonderheit des Verkehrsweges Bundesautobahn (Zu- und Abfahrt sind nur über die entsprechenden Anschlussstellen möglich, Gewährleistung möglichst kurzer Eintreffzeiten, Anrufer kennt die genaue Kilometrierung nicht) ist in der Regel die Zuweisung von Einsatzabschnitten von Anschlussstelle zu Anschlussstelle, jeweils für jede Fahrtrichtung, erforderlich.

Frage 5:

Warum erfolgt vom Land keine Vergütung der Einsätze auf Abschnitten der Bundesautobahnen.

zu Frage 5:

Vom Land Brandenburg erfolgt keine Vergütung der Einsätze, da gemäß § 44 Absatz 1 BbgBKG jede Körperschaft die Kosten für die ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgaben selbst zu tragen hat. Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei der Zuweisung eines Einsatzabschnittes auf einer Bundesautobahn nicht um die Übertragung einer Aufgabe des Landes an eine Kommune.

Das Land Brandenburg unterstützt die betroffenen Aufgabenträger: Nach § 44 Absatz 4 Nr. 2 BbgBKG gewährt das Land den amtsfreien Gemeinden, Ämtern und kreisfreien Städten nach Maßgabe des Haushaltsplanes und Art und Umfang der Einsatzaufgaben Zuwendungen, wenn ihnen nach § 36 BbgBKG Einsatzbereiche zugewiesen worden sind.

Darüber hinaus können im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums des Innern zur Gewährung von Zuwendungen zur Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren (Richtlinie Stützpunktfeuerwehren) Zuwendungen für die Beschaffung von Feuerwehreinsatzfahrzeugen, gewährt werden. Die so beschafften Feuerwehreinsatzfahrzeuge können auch bei Einsätzen auf Bundesautobahnen eingesetzt werden.

Außerdem ist zu beachten, dass insbesondere bei einem Einsatz auf einem Verkehrsweg der Ersatz der entstandenen Kosten durch den Fahrzeughalter in Betracht kommt (§ 45 Absatz 1 Nr. 2 BbgBKG).